

EUROPÄISCHE KOMMISSION
GENERALDIREKTION FÜR STEUERN
UND ZOLLUNION
MwSt-Referat TAXUD/C1
Rue, Joseph II 79 Büro J79 05/065
B-1049 Brüssel

per E-Mail: TAXUD-C1-SECTOR-B@ec.europa.eu

Kürzel
DE/Gi – S 02/17

Telefon
+49 30 27876-520

Telefax
+49 30 27876-799

E-Mail
ebert@dstv.de

Datum
13.03.2017

■ **EU-Transparenzregisternummer: 845551111047-04**

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den aktuellen Vorhaben der Europäischen Kommission in Bezug auf die Umsetzung des Aktionsplans im Bereich der Mehrwertsteuer Stellung nehmen zu können.

Erklärend zur Beantwortung der Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für B2B-Lieferungen von Gegenständen übermitteln wir Ihnen gern folgende Ausführungen.

A. Grundsätzliche Anmerkungen

I. Sprachbarrieren schränken möglichen Teilnehmerkreis ein

Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass wesentlich mehr Beteiligungen an der Konsultation möglich gewesen wären, wenn diese nicht nur in englischer Sprache veröffentlicht worden wäre. Wir erachten es als notwendig, im Rahmen eines guten Gesetzgebungsverfahrens allen Beteiligten und Betroffenen die Möglichkeit zur Äußerung zu geben. Der Ausschluss einzelner Gruppen, in diesem Fall aller Personen, die die englische Sprache nicht sicher beherrschen, trägt nicht zum Vertrauen in die Rechtsetzung der Europäischen Union bei.

II. Maßnahmen vor Auswertung des Fragebogens mindern Glaubwürdigkeit

Ausweislich der Zielsetzung der Konsultation sollen die Ergebnisse als vorbereitende Arbeiten zu Gesetzesinitiativen zum endgültigen Mehrwertsteuersystem verwendet werden. Umso erstaunlicher ist es, dass unabhängig von einer Ergebnisauswertung am 21.12.2016 die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der „[Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem im Hinblick auf die befristete generelle Umkehr der Steuerschuldnerschaft auf Lieferungen bestimmter Gegenstände und Dienstleistungen über einem bestimmten Schwellenwert](#)“ vorgelegt hat.

Wir sehen daher nur einen bedingten Nutzen, die Fragen mit den Nummern 28-30 der Konsultation zu beantworten. Wir bedauern diese Entwicklung und regen an, künftig die Auswertung der Konsultation als Basis für weitere Gesetzesinitiativen heranzuziehen. Dies dürfte das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Europäischen Union stärken.

B. Ergänzende Ausführungen zur EU-Konsultation

I. Kurzfristige Lösungsvorschläge

Wir begrüßen, dass neben den umfassenden Überlegungen hin zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem auch kurzfristige Lösungen für drängende Probleme angestoßen werden sollen.

a) **Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID) als Nachweis für Unternehmereigenschaft (zu Fragen 23. und 24.)**

Im Rahmen der Konsultation wird abgefragt, ob bei innergemeinschaftlichen (ig.) Lieferungen die USt-ID einen verlässlichen Nachweis für die Unternehmereigenschaft darstellt. Unserer Ansicht, dass das nur zu einem gewissen Grad der Fall ist (vgl. Antwort zu Frage 23), liegen folgende Erwägungen zugrunde.

Zum einen kann nach Ansicht des DStV nur eine **gültige** USt-ID ein möglicher Nachweis für die Unternehmerschaft sein. Zum anderen sprechen wir uns dagegen aus, dass die **USt-ID alleine** über die Unternehmereigenschaft des Vertragspartners entscheiden soll.

Wie der Gerichtshof der Europäischen Union entschieden hat ([Urt. v. 27.09.2012, C – 587/10](#)), besitzt die USt-ID lediglich eine formelle Funktion und keine materiell-rechtliche. Daher sehen wir es als verfehlt an (vgl. Antwort zu Frage 24.), die Umsatzsteuerbefreiung im Rahmen einer ig. Lieferung generell zu versagen, sofern der Erwerber keine gültige USt-ID vorlegt. Diese Schlussfolgerung berücksichtigt nicht alle Fälle. Es bleibt beispielsweise der Fall unberücksichtigt, in dem ein Lieferer die USt-ID des Erwerbers zwar nicht mitteilen kann; er jedoch alle zumutbaren Anstrengungen zur Ermittlung unternommen hat und die Unternehmereigenschaft des Erwerbers mittels anderer Angaben belegen kann. Auch in diesem Fall sollte die Mehrwertsteuerbefreiung der ig. Lieferung im Abgangsstaat gewährt werden.

b) Nachweis der Warenbewegung im grenzüberschreitenden EU-Handel (zu Frage 26)

Im Rahmen der Konsultation wird gefragt, ob kurzfristig hinsichtlich der Regelungen über den Nachweis der Warenbewegung im grenzüberschreitenden EU-Handel Verbesserungsbedarf besteht (vgl. Frage 26). Da hier kein näher bezeichneter Vorschlag zur Beurteilung steht, haben wir zunächst auf eine Wertung verzichtet. Ergänzend weisen wir auf das Folgende hin:

Die derzeitigen Regelungen des Art. 131 MwStSystRL eröffnen den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Gewährung einer Steuerbefreiung vom Nachweis ihrer Voraussetzungen durch den Unternehmer abhängig zu machen, der sie begehrt.

In Deutschland ist für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung einer ig. Lieferung der Beleg- und Buchnachweis erforderlich (§§ 17a, 17c UStDV). Ein Lieferant ist verpflichtet, mittels Beleg nachzuweisen, dass die gelieferte Ware tatsächlich in einen anderen EU-Mitgliedstaat gelangt ist. Je nachdem, ob es sich hierbei um eine Beförderung oder eine Versendung handelt, stehen dem Unternehmer unterschiedliche Nachweismöglichkeiten zur Verfügung.

Im Beförderungsfall wird neben dem Doppel der Rechnung als Nachweis eine sog. Gelangensbestätigung gefordert. Mit dieser Gelangensbestätigung bestätigt der Abnehmer gegenüber dem Unternehmer, dass der Gegenstand in das übrige Gemeinschaftsgebiet gelangt ist.

National wird immer wieder beklagt, dass es in der Praxis Probleme gibt, diese Gelangensbestätigung zu erhalten (vgl. bspw. [IHK in Bayern, Bayerische Unternehmerumfrage: „Gelangensbestätigung bleibt Hürde im EU-Export“](#)). Die Steuerbefreiung des liefernden Unternehmers hängt letztlich von dem Handeln des Warenempfängers ab. Zudem ist die Gelangensbestätigung nicht in jedem Mitgliedstaat Standard. Daher erschweren bereits jetzt unterschiedliche Nachweispflichten im europäischen Raum den grenzüberschreitenden Handel.

Wir regen daher an, bei etwaigen gesetzlichen Verbesserungen keine zusätzlichen Handelshemmnisse zu schaffen. Der DStV spricht sich dafür aus, möglichst einheitliche Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu fördern. Nur so kann ein fairer Binnenmarkt vertieft werden, der zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum, Investition und Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.

c) Befristete generelle Umkehrung der Steuerschuldnerschaft auf Lieferungen bestimmter Gegenstände und Dienstleistungen über einem bestimmten Schwellenwert (zu Fragen 28-30)

Unabhängig von der Tatsache, dass hier bereits eine Bestrebung zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG läuft und wir daher die Fragen 28 bis 30 der Konsultation nicht beantwortet haben, weisen wir auf Folgendes hin:

Das Reverse-Charge-Verfahren hat sich als bewährtes Mittel gegen Mehrwertsteuerbetrug erwiesen. Der DStV unterstützt daher im Grundsatz die Ausweitung der bestehenden Regelungen. Diese Ausweitung sollte sich unseres Erachtens nicht auf etwaige kurzfristige Maßnahmen beschränken. Zudem sollte das Reverse-Charge-Verfahren weder lediglich als Option ausgestaltet noch durch bestimmte Umsatzgrenzen beschränkt sein.

Der große Vorteil des Reverse-Charge-Verfahrens ist, dass es den einseitigen Vorsteuerabzug ohne gleichzeitige Umsatzbesteuerung ausschließt. Dies liegt daran, dass Steuerschuldner und Vorsteuerabzugsberechtigter in einem Unternehmer zusammenfallen.

Wird die Einführung eines Reverse-Charge-Verfahrens nicht flächendeckend für alle Mitgliedstaaten zur Pflicht, hätte dies zur Folge, dass ein weiterer Flickenteppich im Mehrwertsteuersystem entsteht. Dieser würde den grenzüberschreitenden Warenverkehr

erschweren. Wenn die grundlegenden Regelungen zur Art der Besteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten abweichen, erhöhen sich die Befolgungskosten der Beteiligten. Zudem nimmt die Fehleranfälligkeit im Besteuerungsverfahren zu, wodurch die Gleichmäßigkeit der Besteuerung in Gefahr wäre.

Eine zusätzliche Umsatzgrenze würde das Besteuerungsverfahren ebenfalls verkomplizieren. Im Ergebnis müsste bei jeder grenzüberschreitenden Warenlieferung zunächst geprüft werden, ob die Regelungen des Vertragsstaates ein Reverse-Charge-Verfahren vorsehen und wenn ja, ob ggf. noch unterschiedliche Umsatzgrenzen zu beachten sind. Dies halten wir für äußerst impraktikabel.

Die Verkomplizierung des Systems, die durch die unterschiedliche Optionsausübung entstehen würde, rechtfertigt unseres Erachtens den Vorteil der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug nicht.

II. Arbeiten an einem endgültigen MwSt-System mit dem Prinzip der Besteuerung der Lieferung im Bestimmungsmitgliedstaat

Der DStV begrüßt die Bestrebungen, das derzeitige Mehrwertsteuersystem zu reformieren. Die Kosten, die im Zusammenhang mit der Befolgung der Mehrwertsteuervorschriften bei grenzüberschreitendem Handel stehen, sind erheblich höher als für den inländischen Handel. Auch unterstützen wir das Ziel, die Betrugsanfälligkeit des Systems einzudämmen, um eine gleichmäßige Besteuerung zu garantieren.

Die in diesem Zusammenhang angedachte Einführung des Qualitätsmerkmals „Certified Taxable Person“ (CTP) sehen wir hingegen sehr kritisch. Ausweislich des Konsultationspapiers (vgl. Section 6) steht die Überlegung im Raum, als Qualitätsmerkmal von Unternehmen die Kennzeichnung als CTP einzuführen. Diese redlichen (compliant) Unternehmen sollen seitens der Finanzverwaltung als solche zertifiziert werden.

Ausweislich der Konsultation (vgl. Section 6) könnten Empfänger von Waren, die CTP und damit vertrauenswürdige Geschäftspartner wären, Schuldner der Mehrwertsteuer sein. Das Reverse-Charge-Verfahren würde dann zur Anwendung kommen.

Im Rahmen der Einzelfragen der Konsultation wird in Frage 42 lediglich folgender konkreter Vorschlag zur Bewertung vorgetragen: *„Im B2B-Bereich sei der Lieferer grundsätzlich Schuldner der Umsatzsteuer. Sollte der Kunde jedoch ein CTP sein, so soll das Reverse-Charge-Verfahren Anwendung finden“.*

Da sich die Ansicht des DStV zu dieser Frage nicht sachgerecht abbilden lässt, haben wir die dortige Frage mit „No opinion“ beantwortet und bitten um Berücksichtigung unserer nachfolgenden Ausführungen zu dieser Frage. Wie oben bereits ausgeführt, unterstützen wir grundsätzlich die Ausweitung des Reverse-Charge-Verfahrens. Den Vorschlag, die Art der Besteuerung von der Qualifikation des Empfängers als CTP abhängig zu machen, sehen wir jedoch aus folgenden Gründen als problematisch.

a) Zweiklasseneinteilung der Steuerpflichtigen

Je nachdem, welche Anforderungen an einen CTP gestellt werden, ist zu befürchten, dass eine Zweiklasseneinteilung der Steuerpflichtigen bevorsteht. Es gäbe zum einen CTP, die als besonders vertrauenswürdig eingestuft würden. Andererseits gäbe es Nicht-CTP, die automatisch im Verdacht stünden, weniger gute Geschäftspartner zu sein. Dieser Eindruck würde unabhängig davon entstehen, ob ein Nicht-CTP die Voraussetzungen für die CTP-Qualifikation nicht erfüllt oder ob er sich aus anderen Gründen nicht zertifizieren lässt.

b) Unternehmen unter Generalverdacht

Unternehmen sollten nicht unter dem Generalverdacht stehen, unredliche Geschäftspartner zu sein. Vielmehr sollte im Grundsatz von der Vertrauenswürdigkeit der Teilnehmer am Warenverkehr ausgegangen werden. Sollte sich dieser Grundsatz im Einzelfall nicht bewahrheiten, muss über gezielte Sanktionen nachgedacht werden.

c) Mögliche Wettbewerbsverzerrung durch uneinheitliche Voraussetzungen für den CTP-Status

Die Qualifikation als CTP wäre ohnehin nur aussagekräftig, wenn einheitliche europäische Regelungen hinsichtlich der Prüfungsparameter vorlägen. Andernfalls würde es zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen Unternehmen aus Ländern mit strikten Regelungen für CTP und solchen aus Ländern mit niedrigeren Anforderungen kommen.

Insgesamt sollten die Anforderungen für die Erlangung des CTP-Status im Übrigen möglichst gering ausfallen. Bei geringen Anforderungen dürfte die Mehrzahl der Unternehmen als redlich gelten. So könnte zumindest die Gefahr der ungerechtfertigten Kriminalisierung der Marktteilnehmer reduziert werden.

d) Rechtsstreitigkeiten über den CTP-Status

Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des Anforderungsprofils eines CTP dürfte es vermehrt zu Rechtsstreitigkeiten über die Erfüllung dieses Status kommen. Diese Rechtsunsicherheit ist für die beteiligten Geschäftspartner im Hinblick auf das Standardgeschäft des grenzüberschreitenden Warenverkehrs nicht tragbar. Am grenzüberschreitenden Warenverkehr Beteiligte würden vor die Herausforderung gestellt, den Status ihres Vertragspartners zunächst zu ermitteln und schließlich auch noch zu verifizieren. So sind Fälle denkbar, in denen ein Vertragspartner ungerechtfertigterweise als CTP auftritt und dies im Rahmen einer Prüfung noch nicht nachvollzogen werden kann, weil der Status erst kürzlich aberkannt wurde.

In Anbetracht dessen, dass die richtige Qualifikation unmittelbaren Einfluss darauf hätte, ob der Lieferer die Mehrwertsteuer schuldet oder nicht, können Rechtsunsicherheiten hier verheerende Wirkungen haben. Meint ein Unternehmer an einen ausländischen CTP zu liefern und führt entsprechend keine Mehrwertsteuer ab, besteht im Fall der Fehlqualifikation die Gefahr der Steuerverkürzung. Schließlich hätte dann der Lieferer den Umsatz versteuern müssen.

e) Hohe Befolgungskosten

Neben den beschriebenen Rechtsunsicherheiten würde Unternehmen ein unverhältnismäßig hoher Aufwand bei der Feststellung der Statusqualifikation ihrer Vertragspartner entstehen. Dieser Mehraufwand würde Kosten verursachen und Personalkapazitäten binden.

f) Vorschlag des DStV zur Besteuerung der B2B-Lieferungen

Aufgrund der zahlreichen aufgeführten Nachteile lehnt es der DStV nachdrücklich ab, die Art der Mehrwertbesteuerung von dem CTP-Status des Vertragspartners abhängig zu machen.

Stattdessen befürworten wir die generelle Einführung des Reverse-Charge-Verfahrens im Bereich der B2B-Lieferungen von Gegenständen. Diese Vereinfachung würde die beteiligten

Unternehmen entlasten und die Betrugsanfälligkeit des Mehrwertsteuersystems weiter einschränken. Der Lieferer müsste sich nicht mit den Mehrwertsteuerregelungen des Ziellandes befassen. Der Empfänger, der die Steuer des Umsatzes schulden würde, würde die Besteuerung nach den ihm bekannten nationalen Regeln vornehmen. So würde das System für alle Beteiligten gleichermaßen vereinfacht. Da dem Empfänger der Lieferung gleichzeitig der Vorsteuerabzug zustünde, würde zudem die Gefahr des Mehrwertsteuerbetrugs minimiert, da die Steuerschuldnerschaft und die Vorsteuerabzugsberechtigung bei einem Unternehmer zusammenfallen.

Für ergänzende Erörterungen zu vorstehenden Überlegungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
RAin/StBin Sylvia Mein
(Leiterin der Steuerabteilung)

gez.
Daniela Ebert, LL.M.
(Referentin für Steuerrecht)

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) repräsentiert bundesweit rund 36.500 und damit über 60 % der selbstständig in eigener Kanzlei tätigen Berufsangehörigen. Er vertritt ihre Interessen im Berufsrecht, im Steuerrecht, der Rechnungslegung und dem Prüfungswesen. Die Berufsangehörigen sind als Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer und Berufsgesellschaften, in den uns angehörenden 16 regionalen Mitgliedsverbänden freiwillig zusammengeschlossen.

Public Consultation on the Definitive VAT system for Business to Business (B2B) intra-EU transactions on goods.

Fields marked with * are mandatory.

Public Consultation on the Definitive VAT system for Business to Business (B2B) intra-EU transactions on goods.

Context and Objectives of this public consultation

In 2017 the Commission plans, following its VAT Action Plan[1] and the 2017 Commission Work Programme[2], to adopt four VAT-related proposals: the proposal for a simpler and fraud-proof definitive VAT system, which is the focus of the current public consultation, as well as proposals to reform VAT rates, on the SME VAT package and on improved administrative cooperation.

At the time the common system of VAT was established, the commitment was made to establish a definitive VAT system operating within the European Union (EU) in the same way as it would within a single country. Since the political and technical conditions were not ripe for such a system when the physical borders between Member States were abolished by the end of 1992, transitional VAT arrangements were adopted.

Under the current transitional VAT arrangements, goods sold cross border between businesses ("B2B") established in different Member States give rise to a supply of goods exempt from VAT in the Member State of departure of the goods and to an intra-Community acquisition subject to VAT in the Member State of arrival of the goods (with the customer having to self-assess and pay the VAT due in the Member State of arrival). This situation (i) leads to a complex and fragmented VAT system; (ii) results into high compliance costs for businesses and significant administrative burden for companies and tax administrations[3]; and (iii) generates important risks of cross-border fraud.

The design of the future system for B2B intra-EU supplies of goods will focus on identifying which solution best assures taxation at the Member State of destination (i.e. where the consumption takes place) and who should be responsible for the payment of VAT[4]. In this regard the following elements must be mentioned:

- (i) From a technical point of view, the two transactions (an intra-EU supply and an intra-EU acquisition) of the transitional VAT arrangements will be replaced by one single supply.
- (ii) Concerning taxation at Member State of destination two approaches are considered: 1) taxation at the place where the goods arrive or 2) taxation at the place where the customer is located.
- (iii) In addition it has to be determined who should be obliged to account for VAT: 1) the supplier or rather 2) the customer.

Further, together with the introduction of the definitive system, some simplification measures are considered, such as the extension of the One Stop Shop (OSS) and the introduction of a "Certified Taxable Person" (CTP).

The OSS would lower burden for businesses by allowing them the use of an internet ready electronic platform for the payment of the VAT. As for the CTP, compliant businesses, certified by their tax administrations, including SMEs, could continue to be liable for the payment of the VAT on goods purchased from other Member States, which would grant additional simplifications to trustworthy economic operators.[5]

Finally, while awaiting the implementation of the definitive VAT system, developing some short term improvements could be envisaged to address the most pressing problems of the current VAT system such as the use of the VAT identification number for the purposes of intra-EU exempt supplies, obstacles related to call-off stock, chain transactions and the proof of intra-EU supplies[6].

Who should participate in this public consultation?

The open public consultation seeks the views of businesses, business associations, public authorities, academics, the public, and other stakeholders on:

- (i) The current VAT situation of B2B intra-EU supplies of goods,
- (ii) Possible short term improvements regarding the current transitional VAT system,
- (iii) Changes aiming at the introduction of the definitive VAT system based on the principle of taxation of the supply in the Member State of destination.

NB: Certain questions are for business only (BO)

[1] See Communication from the Commission to the European Parliament, the Council and the European Economic and Social Committee on an [action plan on VAT](#)– Towards a single EU VAT area – Time to decide, COM(2016) 148 final.

[2] See Commission Work programme 2017: Delivering a Europe that protects, empowers and defends, [COM\(2016\) 710 final](#).

[3] Please, note the difference between compliance costs and administrative burdens. Compliance costs, are those costs which encompass those investments and expenses that are faced by businesses and citizens in order to comply with substantive obligations or requirements contained in a legal rule; while administrative burdens are those costs borne by businesses, citizens, civil society organizations and public authorities as a result of administrative activities performed to comply with information obligations included in legal rules.

[4] See the feasibility and economic evaluation study on ["Implementing the 'destination principle' to intra-EU B2B supplies of goods"](#).

[5] See [VEG working paper n°57 on "Definitive VAT regime for intra-EU trade First step Issues to be examined"](#)

[6] See [3495th Council meeting Economic and Financial Affairs Brussels, 14094/16, 8 November 2016](#), p. 14

Section 1 – Important notice on the publication of responses

In order to ensure a fair and transparent consultation process, only responses received through this online questionnaire will be taken into account.

Contributions received are intended for publication "as submitted", that is, respondent by respondent and question by question, on the Commission's website. Below, you have the possibility to indicate whether you agree to the publication of your individual responses, and whether you prefer the responses to be published under your name or anonymously.

Furthermore, the Commission will prepare a synopsis report summarising all responses received (including those by respondents not agreeing to the publication of their answers).

*1. Do you agree to your contribution being published?

- Yes, I consent to my answers being published under my name (except the e-mail address and the annual turnover of my company, if applicable)
- Yes, I consent to all of my answers being published anonymously (without name and e-mail address);
- No, I do not want my answers to be published (but they may be used internally within the Commission)

*2. I declare that none of the information I provide in this consultation is subject to copyright restrictions.

- Yes
- No

Section 2 – General information about you

*3. Are you ...

- a Business
- a Business Association
- a Tax advisor
- a Public authority
- an Academic
- a Member of the public
- Other

*4. Please enter your name or the name of your company/organisation:

Deutscher Steuerberaterverband e.V.

*5. Please enter your e-mail address or the e-mail address of your company/organisation:

ebert@dstv.de

* 6. Please indicate the country of your residence or headquarters:

- Austria
- Belgium
- Bulgaria
- Croatia
- Cyprus
- Czech Republic
- Denmark
- Estonia
- Finland
- France
- Germany
- Greece
- Hungary
- Ireland
- Italy
- Latvia
- Lithuania
- Luxembourg
- Malta
- Netherlands
- Poland
- Portugal
- Romania
- Slovak Republic
- Slovenia
- Spain
- Sweden
- United Kingdom
- Other

* 7. Is your business or organisation enlisted in the Transparency Register?

- Yes
- No

* 7.1 If yes, please indicate your register ID number:

845551111047-04

Section 3 – Information about your business

To be completed only if you are replying as a business (BO).

8. Please indicate how many employees does your enterprise employ?

- self-employed
- 1- 9 employees
- 10- 49 employees
- 50- 249 employees
- More than 249 employees

9. Please indicate your annual turnover (EUR):

- 2 million or less
- Between 2 million and 10 million
- Between 10 million and 50 million
- More than 50 million

10. Please indicate whether you supply goods, services or both?

- Goods
- Services
- Both

11. What percentage of your annual sales comes from business to business (B2B) sales of goods?

- More than 75%
- Between 50% -and 75%
- Between 25% -and 50%
- Less than 25%

12. What percentage of your annual B2B sales of goods is intra-EU supply of goods (sales to other Member States)?

- More than 75%
- Between 50% -and 75%
- Between 25% -and 50%
- Less than 25%

13. In how many Member States, other than your own, do you make B2B supplies of goods?

- 10 and more
- Between 4 and 9
- Between 1 and 3
- None

14. In how many Member States, other than your own, is your business registered for VAT?

- 10 and more
- Between 4 and 9
- Between 1 and 3
- None

Section 4 – The current situation of B2B intra-EU supplies of goods

Under the current transitional VAT arrangements, goods sold cross border between businesses established in different Member States are exempt from VAT in the Member State of departure of the goods and the customer has to self-assess and pay the VAT due in the Member State of arrival. From the VAT technical point of view, there are two transactions: an exempt supply of goods on the side of the supplier in the Member State of departure and an intra-EU acquisition of goods in the Member State of arrival on which the customer has to account for VAT (and normally, he can deduct the input VAT at the same time).

The following questions aim to assess the main shortcomings of the current system.

*15. Currently, domestic and intra-EU supplies of goods are treated differently for VAT purposes. Could this situation be discouraging/ encouraging for some businesses **to supply** goods cross-border?

- Very discouraging
- Discouraging
- Neutral
- Encouraging
- Very encouraging
- No opinion

*16. Currently, domestic and intra-EU supplies of goods are treated differently for VAT purposes. Could this situation be discouraging/ encouraging for some businesses *to acquire* goods cross-border?

- Very discouraging
- Discouraging
- Neutral
- Encouraging
- Very encouraging
- No opinion

*17. Are there any additional compliance costs for business linked with the application of the VAT rules to intra-EU supplies of goods, as compared with domestic supplies of goods?

- Many
- Some
- Very few
- None
- No opinion

*18. Please indicate the burdens that you have experienced, if any, in accounting for VAT in Member States where you are not established (multiple answers possible)?

- Obligation to register for VAT
- Completion of VAT returns
- Understanding the rules in other Member States (e.g. VAT rates, invoicing rules)
- Dealing with tax audits
- No burdens
- Other

*19. Are small companies deterred from doing business cross-border because of additional compliance costs, if any, linked with the application of the VAT rules?

- Yes, very much
- Yes, to a certain extent
- Not that much
- Not at all
- There are no additional costs
- No opinion

*20. Do you agree that the current taxation system is not sufficiently resistant to VAT fraud within the EU?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*21. *Under the current system, VAT is normally charged by any taxable person making a taxable supply. There are, however, situations in certain sectors (or in relation to specific goods and services) where it is the customer who is obliged to account for and to pay the VAT (domestic reverse charge). Has the application of a reverse charge in certain sectors increased or reduced compliance costs for businesses operating in those sectors?*

- They are significantly reduced
- They are slightly reduced
- They are not affected
- They are slightly increased
- They are significantly increased
- No opinion

*22. Is a reverse charge, as it has been used until now in certain sectors, an effective measure to combat tax fraud?

- Yes, very much
- Yes, to certain extent
- Not that much
- Not at all
- No opinion

Section 5 –Possible short term improvements regarding the current transitional VAT system

While working on the definitive VAT system that will replace the current transitional VAT arrangements, improvements can be envisaged in selected areas in order to address the most pressing problems within the existing legislation.

The following questions seek your opinion on these possible short term improvements of the current VAT system.

*23. Is a VAT identification number provided by the customer in the context of an intra-EU supply, a reliable proof of his status as a taxable person?

- Yes, it is a reliable proof
- Only to certain extent
- No, it is not
- No opinion

*24. Do you agree that in the case of an intra-EU supply, a lack of a valid VAT identification number of the customer should imply that the intra-EU supply should not be exempt in the Member State of departure?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*25. *In general, the term "chain transactions" refers to the situation where the goods are supplied via intermediary suppliers and the goods are dispatched or transported directly from the first supplier to the final purchaser.*

Should the legislative improvements to the current transitional rules address VAT issues linked with chain transactions?

- Yes, they should
- No, they should not
- No opinion

*26. Should the legislative improvements to the current transitional rules address issues linked with the proof required to demonstrate that the goods were moved from one Member State to another?

- Yes, they should
- No, they should not
- No opinion

*27. *In general, the term "call-off stock" refers to the situation where the supplier moves his own goods from one Member State to another Member State where they are kept in a warehouse from which the (already known) customer may take them when he needs them.*

Should the legislative improvements to the current transitional rules address issues linked with call-off stock?

- Yes, they should
- No, they should not
- No opinion

*28. *Under the reverse charge mechanism it is the customer who is obliged to account for and to pay the VAT.*

Do you think that an optional application by Member States of a generalised reverse charge on domestic transactions above a certain threshold per invoice would help in fighting tax fraud?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*29. Would the optional application by Member States of a generalised reverse charge on domestic transactions increase or reduce compliance costs to businesses?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

*30. Would the optional application by Member States of a generalised reverse charge on domestic transactions increase or reduce administrative/ procedural/budgetary costs (burdens) to Member States' tax administration?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

Section 6 – Changes aiming at the introduction of the definitive VAT system based on the principle of taxation of the supply in the Member State of destination

The design of the future system for B2B intra-EU supplies of goods will focus on identifying which solution best assures taxation at the Member State of destination (i.e. where the consumption takes place) and who should be responsible for the payment of VAT. In this regard the following elements must be mentioned:

(i) From the technical point of view the two transactions (an intra-EU supply and an intra-EU acquisition) of the transitional VAT arrangements will be replaced by one single supply.

(ii) Concerning taxation at the Member State of destination two approaches are considered: 1) taxation at the place where the goods arrive and 2) taxation at the place where the customer is located.

(iii) In addition it has to be determined who should be obliged to account for VAT: 1) the supplier or rather 2) the customer.

Further, together with the introduction of the definitive system, some simplification measures are considered, such as the extension of the One Stop Shop (OSS) and the introduction of a "Certified Taxable Person" (CTP).

The OSS would lower burden for businesses by allowing them the use of an internet ready electronic platform for the payment of the VAT. As for the CTP, compliant businesses certified by their tax administrations, including SMEs, could continue to be liable for payment of the VAT on goods purchased from other Member States, which would grant additional simplifications to trustworthy economic operators.

*31. *Currently, under the transitional VAT arrangements, intra-EU supplies of goods are, as a rule, exempt and intra-EU acquisitions are taxable.*

Do you agree that, under the definitive system, there should be only one taxed transaction i.e. a taxed intra-EU supply of goods as it is currently the case with the domestic supplies?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*32. Should the B2B intra-EU supplies of goods be taxed in the Member State where the goods arrive?

- Yes, they should
- No, they should not
- No opinion

* 33. Should the B2B intra-EU supplies of goods be taxed in the Member State where the customer is located?

- Yes, they should
- No, they should not
- No opinion

* 34. Who should be liable for the payment of the VAT due on B2B intra-EU supplies of goods?

- The supplier
- The customer
- Other
- No opinion

* 35. *Currently intra-EU supplies of goods are exempt in the Member State of departure and intra-EU acquisitions are taxable in the Member State of arrival.*

Will business compliance costs increase or be reduced as a result of the replacement of these two (separate from a legal point of view) transactions by only one taxable supply?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

* 36. *Currently intra-EU supplies of goods are exempt in the Member State of departure and intra-EU acquisitions are taxable in the Member State of arrival.*

Will administrative/ procedural/ budgetary costs (burdens) increase or be reduced for Member States' tax administration as a result of taxation of intra-EU supplies?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

* 37. Do you think that taxation of B2B intra-EU supplies (which are currently exempt in the Member State of departure of the goods) will help fighting VAT fraud?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

* 38. Do you think that the supplier should not be obliged to register for VAT purposes in more than one Member State (as a rule in the Member State of his or her establishment)?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

* 39. *The mini One Stop Shop (MOSS) allows taxable persons supplying telecommunications, television and radio broadcasting, and electronically supplied services to non-taxable persons in Member States in which they do not have an establishment to account for the VAT due on those supplies via a web-portal in the Member State in which they are identified. Currently, this scheme is optional and is a simplification measure.*

Do you think that under the definitive VAT system the MOSS should be extended to taxable intra-EU B2B supplies of goods (and in this way become a One Stop Shop (OSS), thus avoiding the need for the supplier to register in Member States where he is not established)?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

* 40. Do you think that if the OSS is extended to taxable intra-EU B2B supplies of goods it should allow not only for the payment of output VAT but also for the deduction of input VAT?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*41. In your opinion, would the declaration and payment of VAT on supplies of goods through the OSS reduce or increase compliance costs and administrative burdens?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

*42. *Under the legislative changes that could be proposed in intra-EU B2B transactions, VAT on a supply of goods would in general be payable by the supplier. However, a simplification mechanism could be included allowing, if the customer is a Certified Taxable Person (CTP), the reverse charge to apply and the customer to report the VAT in his tax return.*

Do you think that the CTP should be introduced?

- Strongly agree
- Agree
- Disagree
- Strongly disagree
- No opinion

*43. Would the introduction of the concept of CTP reduce or increase the compliance costs of suppliers?

- They will be significantly reduced
- They will be slightly reduced
- They will not be affected
- They will be slightly increased
- They will be significantly increased
- No opinion

*44. Do you think that the criteria for obtaining the CTP status should be laid down by each Member State or harmonized at EU level?

- Laid down by each Member State
- Harmonised at EU level
- No opinion
- Other

45. Under the legislative changes to be proposed, the CTP status could be granted upon request of the taxable person if certain objective criteria are met.

Please evaluate the importance assigned to each of the following criteria (scale of 1-5 with 5 representing the most important, it is possible to assign the same evaluation to different criteria):

	1	2	3	4	5	No opinion
*The taxable person's compliance records for a certain period of time	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
*The setting up of an internal control plan on VAT	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*The carrying out of risk self-assessments by the taxable person	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*A positive risk assessment audit of VAT procedures by independent external auditors	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*Proven financial solvency or guarantees from banks, insurance companies etc. (this could apply to start-ups)	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
*Standard Audit File for Tax	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

* 46. Are there any other criteria (for granting the status of CTP) than those mentioned in question 45 above that you would like to suggest?

- Yes
- No

47. (BO) If CTP provisions were adopted, would you be interested in applying for CTP status?

- Yes, I would be interested in applying for CTP status, regardless of the difficulty of the criteria that would have to be met
- I would be interested in applying for CTP status if the criteria were not too burdensome
- No, I would not be interested in applying for CTP status, regardless of the difficulty of the criteria that would have to be met

Section 7 – Further information

48. If you wish to add further information within the scope of this questionnaire, please feel free to do so here.

Bitte beachten Sie unsere separat beigefügten Ausführungen zu den Fragen 23, 24, 26, 28–30 sowie 42.

49. If you want to upload a concise document, please do it below. The maximal file size is 1MB.

Please note that the uploaded document will be published alongside your responses to the questionnaire, which is the essential input to this open consultation. The document is an optional complement and serves as additional background to better understand your position.

98b0c9ad-234a-4c00-82b6-b2f48bc76db8/DStV-Stellnahme_S_02-17_ffentl_Konsultation_ber_das_endg_ltige_MwStSystem_f_r_den_grenz_berschreitenden_B2B-Handel.pdf

Contact

TAXUD-C1-SECTOR-B@ec.europa.eu
